

06.11.2018

Antrag

der Fraktion der SPD

Fit für die Zukunft europäaktiver Kommunen – In eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU investieren

I. Ausgangslage

Ob und wie sehr die Bürgerinnen und Bürger in Europa vom europäischen Einigungsprozess profitieren hängt stark davon ab, wie gut die unterschiedlichen Ebenen innerhalb des EU-Mehrebenensystems miteinander kooperieren. Der regionalen Ebene wird dabei eine besondere Verantwortung zuteil. Sie muss in engem Austausch mit der EU-Ebene die regionalen Bedürfnisse ansprechen und über bestehende Strukturen wie dem Ausschuss der Regionen (AdR) aktiv am EU-Gesetzgebungsprozess mitwirken. Des Weiteren ist die regionale Ebene Schalt- und Verwaltungsorgan in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen der EU-Ebene und der kommunalen Ebene. Hier kommt es etwa darauf an, EU-Fördermittel den kommunalen Bedürfnissen entsprechend zu verteilen und sich an der erforderlichen Kofinanzierung zu beteiligen, und in Ergänzung dazu den direkten Dialog zwischen Kommunen und der EU-Ebene zu fördern und zu unterstützen. Zuletzt ist es Aufgabe der regionalen Ebene, im direkten Kontakt mit den Kommunen eine aufeinander abgestimmte europapolitische Agenda zu entwickeln sowie diesbezügliches zivilgesellschaftliches Engagement und das Bewusstsein für Europa zu stärken.

Im Zuge der bevorstehenden Europawahlen, der anstehenden Neubesetzung der Kommission, der Debatten um den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), sowie der sich wandelnden politischen Kräfteverhältnisse in ganz Europa steht die regionale Ebene vor der Herausforderung, ihre Rolle im EU-Mehrebenensystem noch stärker nach einem europäischen Mehrwert und dem tatsächlichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger auszurichten.

Zu diesem Zweck sind sowohl auf EU-Ebene, als auch auf kommunaler Ebene konkrete Vorschläge erbracht worden, die für die regionale Ebene Impulse für eine nachhaltige Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb des Mehrebenensystems darstellen:

Zusammenarbeit Land-EU

Um Impulse für eine bessere Zusammenarbeit zwischen EU- und regionaler Ebene zu liefern, hat die Kommission eine eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe damit beauftragt, konkrete

Datum des Originals: 06.11.2018/Ausgegeben: 06.11.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vorschläge zu diesem Thema zu erarbeiten. Im Detail hat Präsident Juncker diese sogenannte „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und ‚Weniger, aber effizienteres Handeln‘“ (Taskforce) damit beauftragt, Vorschläge dafür zu entwickeln, wie auf EU-Ebene die Bedürfnisse der regionalen und der kommunalen Ebene stärker berücksichtigt werden und wie umgekehrt die regionale und die kommunale Ebene besser in den Gestaltungsprozess auf EU-Ebene miteinbezogen werden können. Darüber hinaus sollte die Taskforce Politikbereiche identifizieren, in denen eine Rückübertragung von Befugnissen von der EU-Ebene auf die nationale Ebene sinnvoll wäre.

Zur Beantwortung dieser drei Fragen stellte die Taskforce in ihrem Abschlussbericht vom 10.06.2018 eine Reihe von Maßnahmen für eine aktivere, neue Arbeitsweise vor, die die Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der regionalen Ebene effektiv stärken und vereinfachen sollten:

So werden neben der Einführung eines europaweit einheitlichen Bewertungsrasters für die Zuständigkeitsprüfung innerhalb des Mehrebenensystems (Subsidiaritätsprüfung) auch längere und flexiblere Fristen für die Stellungnahmen von nationalen und regionalen Parlamenten zu Vorschlägen auf EU-Ebene empfohlen.

Die Einbeziehung der kommunalen sowie der regionalen Ebene in das Abstimmungsverfahren auf EU-Ebene soll frühzeitiger stattfinden und besser werden, indem die Kommission transparenter in der Verarbeitung von Impulsen von diesen Ebenen umgeht und den Informationsaustausch mit ihnen intensiviert.

Des Weiteren soll die Kommission in ihrer Folgenabschätzung und Bewertung deutlich stärker Rücksicht auf die Auswirkungen auf die regionale und die kommunale Ebene nehmen, während der AdR eine deutlich aktivere Rolle als Vermittler in diesem Prozess einnehmen soll. Auch die Prüfung von Rechtsvorschriften soll stärker auf regionale und kommunale Bedürfnisse angepasst werden.

Darüber hinaus werden vor allem regionale Parlamente angehalten, den gegenseitigen Austausch sowie den Austausch mit nationalen Parlamenten und dem AdR zu intensivieren, um den Informationsfluss untereinander und die „Europafähigkeit“ der Parlamente zu stärken. Abschließend empfiehlt die Taskforce, sich auf EU-Ebene in Zukunft stärker auf die Umsetzung bestehender und weniger auf den Erlass neuer Rechtsvorschriften zu fokussieren.

Über diese Empfehlungen hinaus schlägt die Taskforce auch eine Reihe kreativerer Maßnahmen vor, die direkte Auswirkungen auf den parlamentarischen Arbeitsalltag auf Regionalebene hätten. Neben einem Austauschprogramm für Abgeordnete und Mitarbeiter*Innen von Regionalparlamenten schlägt die Taskforce auch vor, Vertreter*Innen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften regelmäßig zu den Sitzungen, Anhörungen und Expertentreffen der Kommission und des AdR einzuladen.

In der Summe würde eine Umsetzung sämtlicher Vorschläge der Taskforce eine effektive Aufwertung der Einflussmöglichkeiten der regionalen und der kommunalen Ebene bedeuten. Ob und in welchem Umfang die Kommission die Empfehlungen der Taskforce allerdings tatsächlich berücksichtigt ist aktuell nicht absehbar. Die Tatsache, dass Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 12.09.2018 entgegen eigener vormaliger Andeutungen den Bericht der Taskforce nicht aufgriff, lässt eher darauf schließen, dass eine Aufwertung dieser Ebenen nicht oben auf der Prioritätenliste der Kommission angesiedelt ist.

Der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, nahm wiederum in seiner Rede zur Lage der Union am 09.10.2018 explizit Stellung zum Abschlussbericht der Taskforce, der er selbst angehörte. Präsident Lambertz plädierte nachdrücklich für einen Methodenwechsel in Bezug auf die Zusammenarbeit innerhalb des Mehrebenensystems. Es gehe nicht darum, pauschal „mehr oder weniger EU“ zu fordern, sondern darum, dort EU

Strukturen zu stärken, wo ein echter europäischer Mehrwert entstehe, aber gleichzeitig Befugnisse auf die nationale Ebene zurück zu übertragen, wo es sinnvoll sei.

Dieser Kommunikation folgend muss davon ausgegangen werden, dass zeitnah nicht mit weiteren großen Impulsen von Seiten der Kommission zu rechnen ist, und dementsprechend ein Großteil der Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen der Taskforce bei den regionalen Akteuren liegt.

Zusammenarbeit EU-Kommunen

Ob und wie das Projekt „Europa“ bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ankommt, entscheidet sich auf keiner Ebene so konkret, wie auf der kommunalen Ebene. Im Gegenzug kommt dem direkten Austausch zwischen kommunaler Ebene und EU-Ebene eine besondere Rolle zu. Innerhalb der aktuellen Verwaltungsstrukturen des Mehrebenensystems spielt die regionale Ebene als unterstützendes Organ hier eine zentrale Rolle. Angesichts immer selbstbewusster auftretender Kommunen steht die regionale Ebene allerdings vor der Aufgabe, die zukünftige Kompetenzverteilung, etwa in Bezug auf die EU-Fördermittelverwaltung, in engem Dialog mit den Kommunen zu evaluieren und gegebenenfalls zugunsten der Kommunen neu auszurichten.

Kommunale Zusammenschlüsse wie der „Regionalverband Ruhr“ haben solche Ansprüche längst artikuliert (siehe „Positionspapier der Metropole Ruhr – zu den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zu den Ausgabenprogrammen 2021-2027“, 03.09.2018). Dieser stellt etwa fest, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen aufgrund ihrer „Praxisnähe und der kommunalen Selbstverwaltung über die notwendigen Kompetenzen für eine (mit-)gestaltende Rolle“ (S.10) verfügen. Auch die deutsche Sektion des „Rates der Gemeinden und Regionen Europas“ (RGRE) fordert, dass den Kommunen in Zukunft sowohl bei der Planung, als auch bei der Verwaltung von Fördermitteln eine deutlich aktivere Rolle zukommt (siehe „Kommunale Forderungen für die zukünftige Kohäsionspolitik der EU“, 27.04.2017).

Dieses gesteigerte Selbstbewusstsein der kommunalen Ebene innerhalb des Mehrebenensystems ist vor dem Hintergrund wachsender Europa-Skepsis in vielen Teilen der Gesellschaft ein wertvoller Impuls. Er trägt maßgeblich dazu bei ein Europa der Bürgerinnen und Bürger zu leben und wieder ins Zentrum zu stellen.

Zusammenarbeit Land-Kommunen

Zivilgesellschaftliches ehrenamtliches Engagement für Europa ist eine wichtige und bewährte Stütze des europäischen Integrationsprozesses und findet besonders auf kommunaler Ebene statt. Wenn auf kommunaler Ebene das Vertrauen in das parlamentarische Mehrebenensystem gestärkt und eigene Handlungsansätze entwickelt werden sollen, darf die europäische Identität nicht theoretisch bleiben, sondern muss von den Menschen vor Ort mit Leben gefüllt werden. Die regionale Ebene ist dafür verantwortlich, die Rahmenbedingungen für ein entsprechendes eigenständiges kommunales europapolitisches Engagement zu gestalten.

Ein elementarer Beitrag der regionalen Ebene liegt darin, Bürgerinnen und Bürgern auf kommunaler Ebene für ihr europäisches Engagement wertzuschätzen und sie zu unterstützen, wie es beispielsweise bisher im Rahmen des sehr erfolgreichen Konzepts „europäische Kommune“ geschieht.

Seit 2013 zeichnet die nordrhein-westfälische Landesregierung Kommunen, die besondere Ideen zu europapolitischen Themen, EU-Projekten und internationaler Zusammenarbeit entwickeln, durch die Ehrung "Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen" aus. Die Grundlage dieser Auszeichnung basiert auf der Erkenntnis, dass praktisches zivilgesellschaftliches Europaengagement ein unmittelbarer Ausdruck einer gefühlten europäischen Identität ist.

Durch die Auszeichnung erfahren kommunale Impulsgeber für Konzepte und Handlungsansätze im Rahmen des europäischen Gedankens nicht nur die angemessene Wertschätzung, sondern können im Anschluss an die Auszeichnung durch Schulungsveranstaltungen, Netzwerk- und Informationsveranstaltungen weiter begleitet werden. Auf diesem Weg machen Menschen eigenverantwortlich Europa in ihrer nächsten Umgebung erlebbar und stellen sich schwindendem Vertrauen in die europäische Idee entgegen. Letztlich ist der Anreiz, den Titel „europaaaktive Kommune“ zu tragen, mitunter einer der Gründe, warum sich Menschen vor Ort für ihre Region und für Projekte mit europäischem Hintergrund begeistern und einsetzen.

Eine besondere Rolle innerhalb der Europapolitischen Zusammenarbeit zwischen regionaler und kommunaler Ebene kommt darüber hinaus den jeweiligen Europabeauftragten der Kommunen und Kreise zu. Sie sind maßgeblich für europäische Belange vor Ort verantwortlich und dienen als Ansprechpartner*Innen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, als auch für die regionale Verwaltungsebene.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Aktiv und in enger Kooperation mit dem Landtag in einen intensiven und öffentlichen Dialog sowohl mit der kommunalen, als auch mit der EU-Ebene einzutreten, um die Neuausrichtung der Zusammenarbeit innerhalb des EU-Mehrebenensystems proaktiv voranzutreiben.
2. Sich auf allen Ebenen aktiv dafür einzusetzen, dass die Vorschläge der Taskforce für bessere Einflussmöglichkeiten und eine stärkere Berücksichtigung der regionalen und der kommunalen Ebene zeitnah umgesetzt werden.
3. In Zusammenarbeit mit denjenigen Kommunen, die bereit sind eine aktivere Rolle innerhalb des EU-Mehrebenensystems zu spielen – etwa in Bezug auf die Fördermittelverwaltung – an einer Neuausrichtung der Aufgabenteilung zwischen der kommunalen und der regionalen Ebene zu arbeiten.
4. Das Konzept „Europaaaktive Kommune“
 - a. fortzuführen und zu erweitern damit weiterhin Akteure vor Ort bestärkt werden, sich um die Gestaltung europäisch verankerter Projekte zu bemühen und so nachhaltig die positive Grundhaltung der Menschen in den Gemeinden beeinflussen;
 - b. nicht inhaltlich und konzeptionell herunterzufahren oder gänzlich einzustellen um Menschen in NRW weiterhin darin zu bestärken, frei europabezogene Projekte zu entwerfen und selbstständig umzusetzen.
5. Europabeauftragte als Schlüsselpersonen auf kommunaler Ebene aktiv zu unterstützen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Rüdiger Weiß

und Fraktion